



MARCEL FRATZSCHER

Unser Rentensystem: eine Umverteilung von unten nach oben

Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D., Präsident des
DIW Berlin

Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Während der Wahlkampf in seine heiße Phase tritt, gehen enorm dringende Probleme größtenteils unter. Zum Beispiel die Rente: Nicht nur, dass die Altersarmut in Deutschland im kommenden Jahrzehnt massiv ansteigen wird. Unser Rentensystem entwickelt sich immer stärker zu einer massiven Umverteilung von unten nach oben, von Arm zu Reich. Einer der wichtigsten Treiber dieser Ungleichheit liegt in den unterschiedlichen Lebenserwartungen je nach Stellung im Beruf oder Bildungsniveau. Dies erfordert grundlegende Veränderungen der gesetzlichen Rente, damit diese nicht nur auskömmlich für alle ist, sondern die Gesellschaft nicht noch stärker spaltet.

Ein Grundpfeiler der gesetzlichen Rente in Deutschland ist das sogenannte Äquivalenzprinzip: Jeder Euro, der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in die Rentenkasse eingezahlt wird, erzielt den gleichen Anspruch an monatlichen Rentenzahlungen im Alter. Das klingt erst einmal fair, ist es aber nicht. Denn wie eine neue Studie des DIW Berlin im Auftrag des Sozialverbands VdK zeigt, haben Menschen mit physisch und psychisch anspruchsvoller Arbeit nicht nur eine höhere Wahrscheinlichkeit, berufsunfähig zu werden, sondern vor allem eine deutlich geringere Lebenserwartung. So ist die Lebenserwartung eines Arbeiters beim regulären Renteneintritt mehr als fünf Jahre geringer als die eines Beamten. Der Unterschied bei Frauen ist geringer, aber mit drei Jahren immer noch deutlich.

Dies zeigt, dass das Äquivalenzprinzip eigentlich Augenschwermerei ist, denn Menschen mit einer physisch wie psychisch anspruchsvollen Arbeit werden mit hoher Wahrscheinlichkeit ihre Rente für einen deutlich kürzeren Zeitraum beziehen als BeamtInnen, die in den allermeisten Fällen Bürojobs machen. Hinzu kommt, dass eine starke Korrelation zum Einkommen besteht: ArbeiterInnen beziehen auch geringere Löhne und Einkommen und somit auch niedrigere monatliche Renten.

All dies bedeutet, dass die gesetzliche Rentenversicherung Deutschlands eine Umverteilung von unten nach oben, von Arm zu Reich ist. Dies geht so weit, dass einzelne Einkommens- und Berufsgruppen während ihrer Erwerbstätigkeit mehr Euro in die

gesetzliche Rente einzahlen, als sie im Alter an Rente insgesamt ausgezahlt bekommen. Die nächste Bundesregierung muss dringend die gesetzliche Rentenversicherung auf eine nachhaltige Basis stellen. Dazu gehört auch die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Ein zentrales Problem dabei ist jedoch, dass viele Menschen mit physisch wie psychisch anspruchsvollen Jobs schon heute häufig nicht bis zum Renteneintrittsalter durchhalten.

Eine naheliegende Lösung könnte sein, einen früheren Renteneintritt für Berufszweige mit körperlich wie psychisch anspruchsvoller Arbeit zu ermöglichen. Dies wäre aber nach Ansicht der DIW-Studienautoren Peter Haan und Maximilian Schaller sehr kompliziert, so dass es sich kaum umsetzen ließe. Denkbar ist aber eine Flexibilisierung, so dass in Zukunft Menschen sehr viel freier und autonomer für sich selbst entscheiden können, wann sie in Rente gehen wollen. Auch die Einbeziehung von BeamtInnen in die gesetzliche Rente ist sinnvoll. Doch weder eine Differenzierung des Renteneintrittsalters noch eine Flexibilisierung werden das Problem einer unzureichenden gesetzlichen Rente, die von Arm zu Reich umverteilt, lösen.

Das wichtigste Instrument, um Altersarmut zu verhindern, ist eine Mindestrente. Andere Länder wie Österreich und die Niederlande machen uns das schon vor. Menschen mit geringeren Einkommen und Rentenanwartschaften würden auf diese Weise eine finanzielle Absicherung bekommen. So könnte den regressiven Wirkungen des derzeitigen Systems, die sich bei einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters verschärfen würden, entgegengewirkt werden. Die Bundesregierung hat mit ihrer Grundrente einen kleinen Schritt in eine solche Richtung getan.

Eine Reform der gesetzlichen Rente beinhaltet enormen politischen und sozialen Sprengstoff. Daher ist es verständlich, dass die Politik dieses Thema meidet, vor allem im Bundestagswahlkampf. Aber mit jedem Jahr, das die Politik dieses Thema weiter vor sich herschiebt, wird das Problem größer und schwieriger zu korrigieren.

Dieser Kommentar erschien in einer längeren Fassung am 20. August bei ZEIT online.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 1. September 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß;
Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Dennis Gaus

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter